

# Staatsstreich in Zeitlupe

## Die Entführung Österreichs nach "Europa"

### Vorwort

Das ist eines jener Bücher, die - wenn es nach Wahrscheinlichkeiten ginge - nie zustandekommen hätte dürfen. Er wäre nicht ins Leben gekommen, wenn ich im vergangenen Frühjahr nicht zu arbeiten aufgehört hätte; nicht, wenn ich mir danach nicht die Zeit genommen hätte, Themen nachzugehen, die ich während meiner Berufstätigkeit nicht verstehen konnte, und deren Klärung ich deswegen "auf später" verschoben habe; und auch nicht, wenn ich nicht ein paar Ersparnisse hätte, und die Bereitschaft, diese zu anzuknabbern.

Noch vor ein paar Jahren hätte ich mir auch noch schwer vorstellen können, so etwas zu tun. Denn ich war wohl etwas, was ich heute als "Europäisten" bezeichne. Man könnte auch "Europatümler" dazu sagen oder EU-Fanatiker - obwohl diese Bezeichnung auch früher nicht ganz zutreffend gewesen wäre. Ich fühlte mich damals - so wie heute - als Europäer in kultureller Hinsicht. Aber anders als heute war ich der Meinung, dass das auf irgendeine Weise den Aufbau eines europäischen Großstaats erforderlich oder geboten machen würde, je früher desto besser. Warum ich das dachte, weiß ich nicht mehr. Wahrscheinlich, weil das alle in meinem Bekanntenkreis auch taten.

Eine wirklich stichhaltige (und politisch akzeptable) Begründung des Vorhabens, eine europäische Nation und einen Staat um diese herum aufzubauen, gibt es meines Wissens bis heute nicht. Es gibt ein paar Gedankenansätze dazu, auf die ich im Verlauf dieses Texts eingehen werden. Aber alle diese Ansätze erleiden früher oder später eines von zwei Schicksalen.

Entweder sind sie hoffnungslos unhistorisch, konstruiert und mit einem nicht zu verkennenden propagandistischen Hintergedanken versehen wie etwa die Idee, dass eine europäische Einigung nach dem heute verfolgten, supranationalistischen<sup>1</sup> Modell notwendig wäre, um zu verhindern, dass Deutschland und Frankreich erneut aufeinander losgehen, so wie 1914 und 1939.

Ich weiß, das behauptet niemand ausdrücklich, das aber nur aus einem Grund: Würde so etwas ausgesprochen, wäre sofort erkennbar, was für ein haarsträubender Unsinn das ist. Es wird aber auf eine gezielte Weise nahegelegt und dabei wird mit der nicht ganz vollkommenen

---

<sup>1</sup> Über dem Nationalstaat stehend

historischen Bildung der Leute spekuliert und mehr noch mit der oft vorhandenen Denkfaulheit.

Das zweite Schicksal, das politische Begründungen für eine europäische Staatenbildung erleiden, ist, dass sie an den Grenzen des noch "politisch Korrekten" in Schweigen verfallen (müssen). Das klingt komplizierter als es eigentlich ist. Gemeint ist beispielsweise: Vielleicht könnte man ja schlüssig begründen, dass das rohstoffarme Europa einen Militärapparat braucht, um sich Erdöl aus Saudiarabien und Metalle aus Afrika zu sichern - aber dann müsste man zugeben, dass das ganze kein Friedens- sondern ein imperiales Projekt ist. Der Schutz der Handelsschifffahrt vor somalischen Piraten macht einen EU-Staat jedenfalls nicht wirklich erforderlich.

Man könnte sicher auch argumentieren, dass der Euro eine neue Weltleitwährung nach dem Muster des US-Dollar werden soll. In diesem Fall müsste man aber auch eingestehen, dass man auf das "exorbitante Privileg" einer nicht einlösbaren Reservewährung scharf ist, das darin besteht, echte Güter mit symbolischem, "falschem" Geld bezahlen zu können. Solange man derlei nicht zugeben will verfällt man lieber in Schweigen.

Eine dritte, oft zu hörende "Begründung" ist, dass die europäische Einigung auf irgendeine Art historisch unvermeidlich sei. Das ist bestenfalls ein Glaubensartikel, der dem Arsenal der untergegangenen realsozialistischen Staaten entlehnt ist. Leute, die das behaupten, bilden eine säkuläre Religionsgemeinschaft.

Es ist das gute Recht eines jeden, seinem Glauben anzuhängen, aber das ist hier nicht das Thema. Sehr wohl aber, dass viele Angehörige dieser Sekte an den Schalthebeln der Macht sitzen und diese Positionen ausnutzen, um an ihr politisches Ziel zu kommen - wobei sie dieses Vorgehen vor ihren Mitmenschen verbergen.

Man stelle sich vor, ein Bibelforscher würde Regierungschef und geriete in Verdacht, diese Funktion dazu zu verwenden, das seiner Meinung nach unmittelbar bevorstehende Ende der Welt vorzubereiten. Man stelle sich weiters vor, diese Person wäre nicht isoliert, sondern hätte Brüder und Schwestern in allen Ministerien. Was würden - und müssten! - die Zeitungen über ein solches Szenario schreiben, sobald sie dessen gewahr würden?

Die Weltanschauung, der die Europäisten in unseren Staatsämtern anhängen, mag für manche akzeptabler sein als religiöse Heilslehren, die Vermischung von Amt und politischem Glauben ist es wahrscheinlich nicht. Schon gar nicht, wenn der gute europäische Zweck die Mittel heiligt.

Damit bin ich beim Kern angelangt. Die Hauptthese dieses Texts besagt, dass der österreichische Staat vor 15, 20 Jahren von seiner eigenen politischen Klasse gekidnappt worden ist und dass die österreichischen Staatsbürger gegen ihren Willen - wenigstens aber ohne ihre Zustimmung - in einen wahrscheinlich nicht-demokratischen europäischen Zukunftsstaat verbracht werden. Von denselben Leuten, die heute von den Plakaten herab versprechen, "mit sicherer Hand" dieses oder jenes für das Volk zu tun und die auch in Zukunft die Stallwärter des Österreicher-Hauses sein wollen, wenn den europäischen Zoo schon längst

ganz andere Leute managen.

Es gibt ein zweites passendes Bild - das eines Staatsstreichs.

Anders als beim klassischen militärischen Putsch sind die Meuterer aber nicht unzufriedene, letztlich außenstehende Soldaten, sondern die gleichen Parteien, die schon seit zwei Generationen unser Staatswesen steuern. Es muss auch nicht schnell und überraschend gehen, denn der geschilderte Staatsstreich läuft über Jahrzehnte. Es ist ein langgezogener Putsch nach der Salami-Taktik und anders als ihre Kollegen in Lateinamerika legen die europäischen "golpistas" Wert darauf, wenigstens formal das Recht zu wahren. Die Medien sehen dem zu, manche, weil sie auf der Seite der Putschisten stehen, andere, weil sie nicht mitbekommen, was läuft und die dritten, weil es "nicht gut aussieht" und man sich als Journalist Chancen verbaut oder gar seinen Job gefährdet, wenn man sich allzusehr vom Treiben der Europäisten distanziert.

Man kann diesen Vorgang ohne weiteres auch als eine Art Verschwörung von ursprünglich demokratischen Volksparteien mit industriellen, finanziellen und intellektuellen Elite-Gruppen charakterisieren. Eine Verschwörung mit dem Ziel, den schon heute nur mehr spurenhafte vorhandenen Einfluss des Staatsbürgervolks auf die Regierungsgeschäfte ganz auszuschalten.

Der Nachteil dieser Metapher besteht darin, dass sie Assoziationen zu Mantel- und Degen-Filmen auslöst und dass man damit frontal gegen den heute verbreiteten Glauben ankämpft, es könne gar keine Verschwörungen oder geheimen Machinationen geben, weil über kurz oder lang sowieso alles an die bestens informierten, unabhängig agierenden Medien komme. Nichts könnte unrealistischer sein als eine solche Vorstellung. Das gefährlichste am Bild der Konspiration ist aber, dass man sich über kurz oder lang der Forderung aussetzt, doch bitte ein Protokoll über die entscheidende Sitzung der Verschwörer beizubringen, am besten notariell beglaubigt.

Um es gleich zuzugeben: Der Verfasser hat nicht, hinter einem Vorhang versteckt, die Verschwörer belauscht und hält auch kein Dokument in Händen, in dem SPÖ, ÖVP und die Interessensverbände vereinbaren, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen - deswegen sind die Vorwürfe, die hier erhoben werden, nicht als juristische, sondern als politische zu verstehen. (Auch als "geschichtspolitische": Im Gegensatz zur Ersten Republik haben die österreichischen Eliten die politische Eigenständigkeit des Landes preisgegeben ohne dass sie durch die wirtschaftliche oder militärische Situation dazu genötigt worden wären.)

Mein Ziel war es nur, ein bißchen in den Archiven zu wühlen und mit dem Gefundenen ein zusammenhängendes Bild über die österreichische Variante des Salami-Putschs zu entwerfen. Herausgekommen ist zwar keine umfassende, aber eine meines Erachtens schlüssige Darstellung, die zeigt, dass die heutige Situation Resultat eines planmäßigen und heimtückischen Vorgehens der politischen Klasse - Politiker, Lobbyisten, Medienleute - ist.

Diese Situation ist über viele tausend Schritte erreicht worden, die u.a. deswegen niemand

bemerkt hat, weil sie zu "technisch" waren, als dass sie der Aufmerksamkeit wert gewesen wären. Diese Schritte lassen sich aber (auch) als laufende Beschneidung der Interessen des österreichischen Staats, vor allem aber seiner Bürger beschreiben. In vier oder fünf Fällen waren die Veränderungen so groß, dass in jedem Gemeinwesen, das den Anspruch erhebt, irgendwie "demokratisch" zu sein, der (angebliche) Souverän hätte befragt werden müssen.

Allein - die Leute, die die Macht haben zu definieren, was rechtlich geboten ist, greifen seit 15 Jahren zu denselben Ausflüchten, warum man "Europa" keinem Volksentscheid unterwerfen müsse, könne und dürfe. Ihr Standardargument lautet, dass die (jeweiligen) Veränderungen nicht tiefgehend genug wären, als dass sich die Gesamtverfassung ändern würde und dass die Regierung rechtlich nicht gezwungen sei, eine Volksabstimmung abzuhalten.

Das hat u.a. dazu geführt, dass die europäische Verfassung ohne den Schimmer eines Zweifels der österreichischen heute übergeordnet ist und dass der Gedanke, dass nationale Höchstgerichte europäisches Verfassungsrecht aussetzen könnten, eine "rein theoretische Perspektive" sei, wie internationale Juristen sagen.

Die Österreicher haben ihre Regierenden aber nie ermächtigt, einen solchen Zustand herzustellen. Es besteht auch keine Interpretationspielraum, dass sie das jemals gewollt hätten. Das erste und letzte Mal, dass sie "eine Unterschrift" geleistet haben, liegt 19 Jahre zurück. Aber auch damals wurde keine Blankovollmacht ausgestellt, sondern für die Teilnahme an einem Freihandelsblock gestimmt, der sich gerade auf den Weg gemacht hat, ein Binnenmarkt zu werden. Inhaltlich wurde über die Übernahme des damaligen EU-Rechtsbestands sowie über die 1993/94 verhandelten Beitrittsbedingungen abgestimmt - über sonst nichts.

Das war damals eigentlich klar, der damalige Nationalratspräsident, der heute Bundespräsident ist, hat sich trotzdem bemüßt gefühlt, zu versichern, dass es ausschließlich um die paraphierten Vertragsinhalte gehe.: "An die Adresse von FPÖ-Obmann Haider gerichtet, stellte der Nationalratspräsident klar, daß bei der Volksabstimmung über einen konkreten Staatsvertragsinhalt abgestimmt wird, spätere Änderungen des Vertragsinhaltes also nicht möglich sind."<sup>2</sup>

Viel war damals von Joghurtpreisen, Transit, Bergbauernförderung, Übergangsbestimmungen und Mitgliedsbeiträgen die Rede, und auch von der Neutralität; aber nichts Konkretes lag über die geplante gemeinsame Währung vor und schon gar nicht wurde über die laufende Abgabe von staatlicher Souveränität votiert. Definitiv nicht abgestimmt wurde zu diesem Zeitpunkt z.B. über die faktische Aufgabe der Neutralität, einen europäischen Verfassungsvertrag, den Vertrag von Lissabon oder die Übernahme fremder Staatsschulden.

---

<sup>2</sup> OTS 117, 10.3.1994. Siehe auch die "Presse" vom 11.3.1994: "Das Beitritt-Verfassungsgesetz müsse drei Bedingungen erfüllen: eine klare Ermächtigung für die Staatsorgane enthalten; eine klare Beantwortung beim Referendum mit Ja oder Nein ermöglichen; den Inhalt des EU-Vertrages klar definieren, um nachträgliche Änderungen auszuschließen. Das Volk soll beim Referendum entscheiden, ob dieses Beitritts-Verfassungsgesetz Gesetzeskraft erlangen soll: Ja oder Nein."

Mit Hinweis auf den 12. Juni 1994 maßen sich SPÖ und ÖVP aber Befugnisse an, die ihnen an diesem Tag gar nicht gegeben wurden. Nicht nur deswegen wäre es überfällig, diese zwei Parteien, die über zwei Generationen ein Duopol auf die Regierungsgeschäfte innegehabt und die dieses zuletzt krass missbraucht haben, aus ihren Machtpositionen zu entfernen. Dann - so könnte man sich ein ideales Szenario erträumen - würde sich eine von ihren politischen Fesseln befreite Justiz an die echte Aufarbeitung der Korruption<sup>3</sup> in den vergangenen drei Jahrzehnten machen und neue oder erneuerte Parteien hätten Zeit, sich das Vertrauen der Wähler zu erarbeiten.

So viel Zeit wird es leider nicht geben. Es scheint, als hätten es die Europäisten jetzt eilig den Sack endlich zuzumachen. Seit längerem arbeiten SP, VP und Grüne daran, NGO, Bürgerinitiativen und andere idealistische Gruppierungen als Plattformen für die letzte Stufe der Entmachtung des österreichischen Parlaments zu gewinnen. Ihr zeitliches Ziel scheint die Europawahl im Mai 2014 zu sein.

Im diesem "großen Bild" ist Österreich aber nicht mehr als ein Nebenschauplatz. Weder der Zeitplan noch das Drehbuch wird in Wien geschrieben, denn der Putsch der politischen Klasse und die Entführung der nationalen Demokratien ist ein europäisches Phänomen. Viel hängt davon ab, ob bei den deutschen Wahlen im September alles "gut geht", Merkel eine starke Regierung bilden kann und dass die souveränistische Rechte (AfD) und die ebensolche "Linke" nicht zuviel Zulauf bekommen.

Und natürlich auch, ob die europäische Krise in Pension geschickt worden ist, oder ob sie nach den Bundestagswahlen ein Comeback feiert. Wie sich 2008 gezeigt hat, nutzen die regierenden EU-Fanatiker - angeblich oder wirkliche - Krisen, um die europäische Staatenbildung mit aller Kraft voranzutreiben. Der deutsche Finanzminister gibt das praktisch auch zu - in ausländischen Zeitungen, wo die potenziellen CDU-Wähler dies nicht lesen können: "Wir können eine politische Union nur erreichen, wenn wir eine Krise haben."<sup>4</sup>

Noch für diesen Herbst ist die Einberufung eines neuen europäischen Konvents geplant. Wenn die Sterne die richtige Konstellation aufweisen und die europäischen Sozialdemokraten und die EDP (Konservative) danach den Funken einer Chance sehen, mit Hilfe der Liberalen und Grünen eine europaweite Volksabstimmung zu gewinnen, werden sie diese zu nutzen versuchen. Wenn nicht, wird nach alter Tradition von den Parlamenten mit ihren willfährigen Abgeordneten ratifiziert. Eines wird es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht geben - nationale Volksabstimmungen. Die wären politisch sehr riskant.

Rein juristisch könnte man freilich einzelne Völker dazu zwingen, gegen ihren Willen eine neue europäische Verfassung zu übernehmen.<sup>5</sup> Das gewährleistet der den Staatsbürgern

---

<sup>3</sup> Gemeint ist das Gegenteil jener offenkundig selektiven Strafverfolgung, die heute das Bild dominiert

<sup>4</sup> New York Times, 18.11.2011. Siehe Kapitel "Krisen-Hoffer"

<sup>5</sup> Antonio D'Atena, The European Constitutions Prospects, 2012: "The logic inspiring constitutions is totally different. It is not the logic of unanimity but rather that of the majority. In order to create or change a constitution a majority vote is required" - im Gegensatz zur Vertragsmethode, die Einstimmigkeit erfordert. Der Autor führt als

aufgekrochene Vertrag von Lissabon. Die mit ihm beschlossene Konventsmethode zur Vertragsänderung ist wenig mehr als eine Taktik zur gewaltlosen Eroberung widerstrebender "gallischer Dörfer" über einen Mehrheitsbeschluss. Um ein gesamteuropäisches Votum über eine Verfassung wird man selbst beim besten schlechtesten Willen nicht herumkommen.

Auf eine gesamteuropäische Abstimmung hat sich auch die ab 2008 regierende österreichische Regierung verständigt und gleichzeitig ein nationales Referendum faktisch ausgeschlossen. In ihrem Regierungsprogramm vereinbarten die Koalitionsparteien "grundsätzlich" für europaweite Volksabstimmungen einzutreten und nationale Abstimmungen nur durchzuführen, wenn beide Seiten zustimmten - selbst dann, wenn ein solcher Antrag aus dem Nationalrat kommen sollte.<sup>6</sup> Wer die handelnden Parteien und die Zeitgeschichte ein wenig kennt, kann dies unschwer einordnen. Er erkennt, dass so etwas höchstens "über politische Leichen" speziell der ÖVP zustandekommen würde.

\*\*\*

Die drei oder vier Texte, die in den kommenden Wochen als "Appetithappen" veröffentlicht werden sollen, sind Teile eines Buchs, das eigentlich schon Monate vor der österreichischen Nationalratswahl hätte fertig sein sollen. Es beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der österreichischen Variante des europäischen Hijackings, aber nicht ausschließlich.

Den Anfang machen die Kapitel "**Vertauschte Fronten**" und "**Requiem für einen demokratischen Kleinstaat**". In ihnen wird gezeigt, dass die österreichischen Parteien in den vergangenen 20 Jahren ihre patriotischen Positionen vertauscht haben: Aus den früheren Österreich-Parteien ÖVP und SPÖ wurden paneuropäische und die ursprünglich deutschnationale FPÖ nahm den vakanten Platz als österreichpatriotische Partei ein. Dieser "Markenwechsel" begann 40 Jahre nach dem Ende des großdeutschen Reichs, just als sich ein unzweideutiger österreichischer Patriotismus herausgebildet hatte.

Die Folge war, dass SPÖ und ÖVP über die letzten 25 Jahre laufend an politischer Unterstützung verloren haben (ohne dass die FPÖ automatisch davon profitieren würde). Heute wählen nur mehr die Hälfte der Österreicher entweder SPÖ oder ÖVP.

Im Kapitel "**Bürgersouveränität**" wird erläutert, woher in einer Demokratie die ursprüngliche Legitimation für politische Herrschaft stammt - von einem Staatsvolk. Es gibt aber (noch eine ganze Weile) kein europäisches Staatsvolk, weil wesentliche Voraussetzungen dafür fehlen - zum Beispiel eine gemeinsame Verkehrssprache, mit der sich die Europäer verständigen können und eine übernationale Öffentlichkeit, die die Aufgabe erfüllen könnte, eine europäische Regierung zu kontrollieren, ein bißchen wenigstens.

---

Beispiel die Schweizer Verfassung 1848 und das deutsche Grundgesetz 1949 an. In beiden Fällen wurde der Text nicht einstimmig angenommen, wurde aber für die mit Nein stimmenden Kantone/Bundesländer verbindlich.

<sup>6</sup> Siehe Regierungsprogramm für die 29. Gesetzgebungsperiode, <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32966>

Der Abschnitt über die "**Glühenden Europäer**" zeigt, wer die Leute sind, die die Völker in eine übereilte Staatenbildung hineintreiben wollen und wie sie beruflich und persönlich von der EU-Integration profitieren. Der europäische Staat der Zukunft beruht nicht auf einem gemeinsamen Staatsvolk sondern auf Ideen, die Allgemeingültigkeit beanspruchen und die sich trefflich dafür eignen, einen weltweiten Kampf gegen alles "Böse", "Rückständige" und "Antiaufklärerische" zu führen. Was das ist definieren natürlich die "glühenden "Europäer" selbst.

"**Wut und Planwirtschaft**" beschäftigt sich mit zwei Phänomenen, die die Euro-Krise hervorgebracht hat. Das eine ist der Hass, der unter den Völkern entsteht; bei den einen, weil sie genötigt werden, zu verborgen und bei den anderen, weil sie gezwungen werden, nach der Pfeife der Kreditoren zu tanzen. Komischerweise versuchen die jeweiligen Regierungsklassen nicht, diese Gefühle politisch zu nutzen - wie das vielleicht früher der Fall gewesen wäre.

Der Grund dafür ist, dass diese Politiker selber die Mechanismen eingeführt haben, die heute das böse Blut zwischen den europäischen Völkern machen. Der zweite Teil des Kapitels widmet sich den planwirtschaftlichen Elementen, die unter dem Vorwand der Eurokrise beschlossen worden sind. Parallel dazu entsteht eine "Nomenklatura", eine bürokratische Herrschaftsklasse wie in der untergegangenen Sowjetunion. Diese agiert auch in der EU nach dem Prinzip der "kollektiven Führung", wie Sie nach dem Tod Stalins entwickelt worden und sie heute noch in China zu finden ist.

Der nächste Teil ist den "**Scheinlösungen**" gewidmet, die die Europäisten für die finanziellen Probleme des Kontinents parat haben. Beispielsweise in Griechenland, wo enorme Mittel eingesetzt werden, um einen Staatsbankrott zu verhindern. Mit einem einfachen Rechenbeispiel wird gezeigt, dass der Aufwand, der für Griechenland (dessen Gläubiger) getrieben wird, fast halb so groß ist wie sämtliche Hilfsgelder, die nach dem Zweiten Weltkrieg über den Marshallplan nach Europa geflossen sind. Und die Kommission ist auf diesen Wahnsinn auch noch stolz! Die Euro-Krisen (Staatsschulden, Leitungsbilanz) werden als Kreditkrisen interpretiert, wie sie im Konjunkturzyklus auch anderswo auftreten, in denen aber die Möglichkeiten der Selbstregulierung ausgeschaltet wurden.

Das Kapitel "**Bürokraten, Imperialisten, Herrenmenschen**" zeigt anhand konkreter Beispiele, wie sich Europa-Ideologie mit antidemokratischen Ideen verbinden lässt: in der Idee einer Herrschaft durch eine aufgeklärte EU-Bürokratie, im Konzept eines wohlmeinenden europäischen Imperialismus und bei Elitetheorien, die die europäische Einigung als Aufgabe einer neuen Herrenklasse sehen. Auch der historischen Gallionsfigur aller EU-Fans, Jean Monnet, werden ein paar Seiten gewidmet.

Das Kapitel "**Falsche Vorbilder**" zeigt, dass der Vergleich, der ständig zwischen den USA und Europa in Sachen Staatenbildung angestellt wird, verfehlt ist. Er ignoriert, dass die Voraussetzungen im Europa des 21. Jahrhunderts völlig andere sind als im Amerika des 19. Jahrhunderts. Meist wird auch vergessen, dass die Einigung der USA auch kein Friedenswerk

war und ihren Preis hatte. Zum Beispiel einen Bürgerkrieg, der eine Million Menschen das Leben kostete. Auch das Argument, dass ohne gemeinsamen Staat weitere europäische Kriege unabwendbar werden, wird untersucht. Meine Einschätzung: Der Krieg dürfte mit oder ohne EU nach Europa zurückkehren, er wird sich aber mit Sicherheit nach ganz anderen Mustern entwickeln als die historischen Kriege zwischen Frankreich und Deutschland.

Der Abschnitt "**Wie alles begann**" kehrt nach Österreich zurück. Es analysiert die Beweggründe des österreichischen Beitritts und wie sich parallel dazu die EG in die EU verwandelt hat, wie also binnen weniger Jahre aus einem wirtschaftlichen ein politisches Projekt geworden ist.

"**Gekidnappte Volksherrschaft**" beschäftigt sich mit der Zeit zwischen 1995 und 2000. Es zeigt, wie die österreichische Regierung damals alles getan hat, um eine Volksabstimmung über den Euro zu verhindern und wie diese zehn Jahre später die selben Ausreden benutzt, um die Forderung nach Referenden über EU-Verträge abzuwimmeln.

Um 1998 die Kriterien für den Euro-Beitritt erfüllen zu können, wird zu jedem Mittel gegriffen. Zu Sparprogrammen und Steuererhöhungen, Budgettricks, Privatisierungen zum Schleuderpreis sowie dem Verkauf von Nationalbankgold. Der verbleibende Rest davon verschwindet auf Nimmerwiedersehen im Bauch der EZB, zum Teil bevor noch überhaupt der Name für die neue Währung feststeht. Ein Exkurs zeigt, dass der heutige "Goldpreis" nicht wirklich ein "Gleichgewichtspreis" von physischem Gold ist. Die Neutralität wird in Worten und Taten (Vertragsänderungen) laufend ausgehöhlt ohne dass ÖVP und SPÖ politisch in der Lage wären, diese auch formell abzuschaffen.

Im Kapitel "**Angstmache und Versprechungen**" werden die wirtschaftlichen Argumente unter die Lupe genommen, die 1994 und 1997 benutzt wurden, um den Beitritt zur EU bzw. die Übernahme des Euro zu begründen. Versprochen wurden damals u.a. höheres Wirtschaftswachstum, eine größere Attraktivität für Investoren aus dem Ausland, Vorteile bei der Integration in den EU-Markt und Fortschritte bei der Sanierung der Staatsfinanzen. Gewarnt wurde davor, dass ein österreichischer Schilling nicht stabil sein würde und gegen den Euro abwerten müsse. Von diesen Vorhersagen bleibt heute nichts übrig, wenn man die Vergleichsfälle Schweiz und Schweden heranzieht. Die Eidgenossen haben außerhalb der EU gut überlebt und ihr Franken ist gegenüber dem Euro um ein Viertel gestiegen. Und die Schweden haben sich besser in den Binnemarkt integriert obwohl sie den Euro nicht übernommen haben. Beide Staaten haben ihre Schulden besser im Griff als Österreich.

Im letzten Kapitel "**Währungsdämmerung**" wird schließlich gezeigt, dass die überhastete europäische Einigung auf das sich abzeichnende Ende des auf dem Dollar beruhenden internationalen Finanzsystems zurückgehen könnte. Manche meinen auch, dass alle Papierwährungen crashen werden. Der Euro könnte, muss aber nicht zwangsläufig in diesen Strudel hineingezogen werden.

Im Schlusswort "**Was tun?**" muss der Autor eingestehen, dass auch er keine Patentlösungen parat hat, außer jene, die auf der Hand liegen: die Parteien, die seit 15 Jahren den

österreichischen Staat und seine Bürger hintergehen, nicht mehr wählen, sich persönlich von Krediten unabhängig machen und mit allenfalls vorhandenen Ersparnissen möglichst billig Gold kaufen.

Ein freiwilliger Austritt aus einem Markt, auf dem an die 30 Prozent der österreichischen Wertschöpfung realisiert werden, ist wenig ratsam und der heutige Euro ist eine "Papierwährung", aber als solche auch nicht schlechter als Dollar oder Yen.

Es wird es wird künftig wohl notwendig wohl notwendig, den verloren gegangenen, politischen Minimalkonsens wiederaufzubauen, zuerst auf nationaler und dann auf europäischer Ebene - ohne bzw. gegen jene Berufspolitiker, die die europäischen Länder in jenen Morast geführt haben, in dem diese heute stecken.

Kein Europäer glaubt heute, dass sein Land eine Insel ist und es gibt kaum jemanden, der einem in Not geratenen Nachbarn nicht helfen würde. Doch ein ein neuer europäischer Konsens müsste um den Gedanken kreisen, dass letztlich jeder für seine Taten und Unterlassungen selbst verantwortlich ist. Das ist ein Wahlspruch, nach dem heute die meisten erwachsenen Individuen leben.

Der gesamte Text wird kaum vor Oktober fertig sein. Er erscheint zunächst als frei verfügbares PDF, danach vielleicht in gedruckter Form im Selbstverlag - abhängig davon, ob es ausreichend Nachfrage gibt, um die Druckkosten hereinzubekommen. Der "Staatsstreich in Zeitlupe" ist eigentlich nicht als kommerzielles Projekt konzipiert - aber in dem Text steckt ein gutes halbes Jahr Arbeit und wenn er noch einer monetären Subvention bedürfte, um gedruckt zu erscheinen, sollte man es vielleicht gut sein lassen.

Das Motiv, warum ich ein Pseudonym verwende, ist nicht, dass ich glaube, dass ich wirklich anonym bleiben kann, sondern um meinen Klarnamen (vorerst) herauszuhalten. Es geht hier um andere Themen als um die Person des Autors.

Zum Schluss noch eine Danksagung, auch diese ohne die Nennung von Namen. Dieser Text hätte nicht geschrieben werden können ohne "das Internet", nein: hunderte Zeitungen, Foren, Blogs und andere Veröffentlichungen, die dort erscheinen. Mit welchem Begriff man sich diesem Phänomen auch annähern mag: "Internet-Reformation", "Bürgerjournalismus", "Schwarmintelligenz" - der Bezeichnete ist die wahre kritische Öffentlichkeit unserer Tage. Zwar scheint es das Schicksal vieler Publikationen zu sein, nicht über ihre Nische im Cyberspace hinauszukommen und von 99,9 Prozent nicht wahrgenommen zu werden - aber dieses Schicksal teilen sie mit ihren Vorgängern in den Pariser Salons des 18. Jahrhunderts. Den "Nischen" von damals, aus denen sich die bürgerliche Öffentlichkeit entwickelte.

**Der unveränderte Abdruck bzw. das Einstellen/Verlinken dieses Texts auf Homepages, Blogs, Foren etc. ist nicht nur erlaubt, sondern erwünscht. Im Fall wesentlicher Kürzungen bzw. redaktioneller Eingriffe bitte um kurze Abklärung via Email.**

**Andreas van de Kamp**

**andreasvandekamp@gmail.com**

**25.8.2013**